

## Eine Konferenz für die Öffnung

«Eines Tages werden auf Lampedusa und in Zuwara, am Evros und auf Samos, in Las Palmas und in Motril Gedenkstätten stehen, mit den Namen der Opfer aus diesen Jahren der Bewegungsfreiheit. Wir werden unseren Enkeln nicht sagen können, dass wir davon nichts gewusst hätten», schreibt Gabriele del Grande auf seinem Blog «Fortress Europe». Darauf sammelt er Nachrichten über Schiffsunfälle von Flüchtlingen auf dem Mittelmeer. In den letzten 25 Jahren haben rund 20 000 Menschen auf dem Weg nach Europa ihr Leben verloren. Nein, wir können nicht sagen, wir hätten davon nichts gewusst.

Die Asylbewegung hat gegen diese Abschottung gekämpft: Zuletzt diesen Frühling, als in der zehnten Asylgesetzrevision unter anderem das Botschafts asyl abgeschafft wurde. Wir haben so hoch verloren wie noch nie. Jetzt, nach dem tragischen Bootsunglück vor Lampedusa, bei dem mehr als 300 EritreerInnen ihr Leben verloren haben, hat endlich auch in der Schweiz eine Diskussion über die Mitverantwortung für die Katastrophe eingesetzt. Tatsächlich denken nun einzelne Bürgerliche über eine europäische Wiedereinführung des Botschafts asyls nach, das sie in der Schweiz gerade abgeschafft haben.

Die Grenze Europas wird aber nicht nur irgendwo weit draussen im Meer gezogen. Sie lässt sich auch hier besichtigen, in den Zivilschutz bunkern, wo Asylsuchende mit Nothil-

**«Die Grenze Europas wird nicht nur irgendwo weit draussen im Meer gezogen. Sie lässt sich auch hier bei uns besichtigen.»**

fe gegängelt werden, in den Ausschaffungsgefängnissen, wo sie gefesselt und geknebelt werden. Der Politik der Illegalisierung und Isolierung ist endlich ein Ende zu setzen!

Simonetta Sommaruga, die erste Justizministerin der SP, versucht weiterhin, ihre Politik der Beschleunigung der Asylverfahren fortzusetzen. Doch spätestens, wenn die Asylsuchenden keine unentgeltliche Rechtsvertretung in den geplanten Bundeszentren erhalten, wird die technokratische Formel von der Beschleunigung ins Leere laufen. Ausgerechnet das Bundesverwaltungsgericht, das doch eigentlich dem Recht verpflichtet sein sollte, hat sich in der Vernehmlassung gegen eine solche Rechtsvertretung ausgesprochen.

Wir haben einen neuerlichen Abwehr-



**Solidarité  
sans  
frontières**

**BULLETIN  
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

**NR. 4, DEZEMBER 2013**


**WWW.SOSF.CH**



**Die Bilder dieser Ausgabe zeigen den Solilauf für Sans-Papiers in Bern. Auf dem Titelbild: SOSF-Co-Präsident Hilmi Gashi im Einsatz.**

kampf zu erwarten. Umso wichtiger ist es, dass wir einen Horizont einer offensiven Migrationspolitik beschreiben.

Ich möchte diese Carte Blanche für einen Wunsch nutzen: Ich fände es gut, wenn sich die Flüchtlinge und UnterstützerInnen, die überall in der Schweiz in Treffpunkten aktiv sind, zu einer Konferenz versammeln würden: Aus dem Café-Contact in St.Croix, aus der Bblackboxx in Basel, von der Autonomen Schule in Zürich, aus dem Solidaritätshaus in St.Gallen, vom Bleiberecht-Kollektiv in Bern, aus vielen Orten mehr. Und natürlich würden wir auch ein paar Gäste aus Europa und dem Rest der Welt einladen, die in unsere Richtung denken.

Wir müssten uns über die Form unserer Politik nicht im Detail einig werden. Wir müssten vielmehr ihre Vielfältigkeit aufzeigen. Und ein kurzes, klares Programm definieren – für eine Öffnung der Festung Europa. 

Kaspar Surber ist Redaktor bei der Wochenzeitung WOZ und besuchte für sein Buch «An Europas Grenze» Schauplätze der europäischen Migrationspolitik, darunter Lampedusa.

**Lampedusa und die «europäische Solidarität»** **Seiten 2-3**

Europa von links unten (27)

**Das SOSF-Forum** **Seite 4**

Zur Schiefelage in der schweizerischen Migrationspolitik

**Syrische Flüchtlinge vor dem BFM** **Seiten 5-8**

Die unverständliche Asylstrategie - Dossier

HEUCHLERISCHE BESTÜRZUNG

# Lampedusa und die «europäische Solidarität»

**Mit über 500 Toten wird der Oktober 2013 als einer der schwärzesten in die ohnehin dunkle Geschichte der europäischen Migrationsabwehr eingehen.**

Am 3. Oktober sank kurz vor Lampedusa ein Schiff, das zuvor in Brand geraten war. 155 Flüchtlinge überlebten, 363 Leichen wurden nach und nach aus dem Meer und aus dem Innern des gesunkenen Wracks geborgen. Das war die Bilanz, die die Zeitung «Repubblica» am 10. Oktober vermeldete. An diesem Tag kam es siebzig Meilen vor Lampedusa zum nächsten Schiffsunglück: 206 Überlebende, 34 Leichen geborgen, etwa 160 Menschen, die im Meer verschwunden sind. An Bord der beiden Schiffe hatten sich vor allem Menschen aus Eritrea befunden.

Lampedusa steht wieder einmal im Zentrum der Nachrichten – nicht wegen der schlechten Versorgungslage, der Mängel der Infrastruktur und des Bildungswesens, um die sich der Zentralstaat Italien nicht kümmert, und auch nicht wegen des Tourismus und der Fischerei, der wackeligen wirtschaftlichen Beine der Insel, die näher an Afrika als an Europa liegt. Die Bilder, die um die Welt gehen, zeigen Lampedusa einmal mehr als ein Label der europäischen Abschottungspolitik: Särge, die auf die Insel gebracht werden, um die Leichen abzutransportieren. Das Elend der Geretteten. Die Schiffe der Marine und der Guardia di Finanza, die nach den beiden Katastrophen zur «militärischen und humanitären Operation» namens «Mare Nostrum» ausrücken. Italiens Ministerpräsident Enrico Letta, der die EU zur Solidarität aufruft – mit wem? Und die RepräsentantInnen der EU, die Betroffenheit heucheln.

## Knotenpunkt der Abschottungspolitik

Seit Anfang der 90er Jahre, seit sich die EU-Staaten anschickten, ihre Aussengrenzen gemeinsam abzudichten, sind immer wieder Flüchtlinge vor Lampedusa ertrunken oder auf der Insel gestrandet. «Die Solidarität mit den Schiffbrüchigen ist für die InselbewohnerInnen selbstverständlich gewesen», berichtet uns der Anthropologe Gilles Reckinger.\* Schliesslich gehöre die Erfahrung des Schiffbruchs zur Lebenswelt der Inselgesellschaft. «Wer dieses Schicksal erleidet, dem wird geholfen.»

Seit Ende der 90er Jahre sei Lampedusa zum Knotenpunkt der Flüchtlingsabwehr aufgebaut worden. Das begann mit dem Bau eines ersten Aufnahmezentrums mit 90 Plätzen, dessen Kapazität einige Jahre später verdoppelt wurde. 2006 entstand ein neues mit insgesamt 800 Plätzen, das aber 2008, als insgesamt 36 000 Flüchtlinge die Insel erreichten, ständig überbelegt war. 2009 ging die Zahl der Ankommenden rapide zurück – dank des Abkommens, das Italien mit dem libyschen Diktator Gaddafi schloss und dank der zunehmenden «joint operations» der EU-Grenzschutzagentur Frontex. Die Fluchtwege nach Europa verlagerten sich – in den Südatlantik (vor die Kanarischen Inseln) und nach Osten (Türkei/Griechenland). Der «arabische Frühling» rückte Lampedusa erneut in den Vordergrund der Migrationsabwehr. Der Zu-

**«Seit Anfang der 90er Jahre, seit sich die EU-Staaten anschickten, ihre Aussengrenzen gemeinsam abzudichten, sind immer wieder Flüchtlinge vor Lampedusa ertrunken oder auf der Insel gestrandet.»**

sammenbruch der Regime in Libyen und Tunesien und das – vorläufige – Ende ihrer Grenz- und Küstenüberwachungsdienste im Auftrag der EU machten es 2011 möglich, dass 53 000 MigrantInnen und Flüchtlinge Lampedusa erreichten – TunesierInnen, aber auch Menschen aus Ländern südlich der Sahara, die bis dahin in libyschen Lagern festgehalten wurden und/oder vor dem Bürgerkrieg in diesem Land flohen. Die EU reagierte wie zu erwarten war: Sie bestand darauf, dass Italien gemäss der Dublin-Verordnung für die Flüchtlinge zuständig sei. Die europäische «Solidarität» bestand in einer neuen gross angelegten Frontex-Operation.



**Massenstart, angeführt von Team SOSF (mit Hilmi Gashi, Moreno Casasola und Balthasar Glättli).**

Und die BewohnerInnen Lampedusas? Die staatlichen Abwehraktionen, das grosse abgelegene Aufnahmezentrum, die ständige Präsenz von Marine und Polizei, habe die Bevölkerung gegenüber der Situation der Flüchtlinge und MigrantInnen entfremdet. Es sei nicht mehr möglich, einfach Hilfe zu leisten. Man sehe, dass der Staat viel Geld in die Abschottungspolitik investiere, sich aber ansonsten nicht für die Insel interessiere. «Die Kritik der Leute richtet sich nicht gegen die MigrantInnen», sagt Reckinger. «Der Mehrheit der Inselbevölkerung ist klar, dass sie mitten im Mittelmeer lebt und dass auf ihrem Rücken eine Situation ausgetragen und Interessen durchgesetzt werden, die weder mit ihnen noch mit den Flüchtlingen oder ImmigrantInnen zu tun habe.»

## Lebensrettung durch Frontex?

Als Italiens Premier Letta, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Innenkommissarin Cecilia Malmstroem am 9.

Oktober in Lampedusa eintrafen, wurden sie von einer wütenden Menschenmenge als «Mörder» ausgebuht. Letta versprach immerhin, das 2002 beschlossene «Bossi-Fini-Gesetz» aufheben zu wollen, das sowohl die «illegale Einwanderung» als auch die Unterstützung zu Straftatbeständen erhob – ein Gesetz, das peinlicherweise auch die Überlebenden der Katastrophe mit Strafverfolgung bedroht und das seit seiner Existenz immer wieder zu Prozessen gegen Fischer geführt hatte, die in Seenot geratenen Flüchtlingen geholfen hatten. Der italienische Senat hat inzwischen mit der Revision begonnen.

Barroso kündigte an, Italien zusätzliche 30 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen, «um den Andrang von Flüchtlingen zu bewältigen». Er erklärte: «Das Problem eines unserer Länder, wie jetzt Italien, muss als ein Problem von ganz Europa wahrgenommen werden.» Auch die EU-Grenzschutzagentur Frontex macht zwei Millionen Euro locker, um ihre Operation «Hermes» rund um Lampedusa und Malta bis November zu verlängern. Frontex gibt sich seit einer Weile rechte Mühe, sich selbst als menschenfreundliche Institution zu verkaufen. Die Aktionen im Mittelmeer und im Südatlantik dienten nicht nur dem Grenzschutz und der Abwehr der «illegalen Einreise», sondern der Suche nach seeuntauglichen Schiffen und der Rettung der in Seenot geratenen.

Bei dieser Weisswäscherei half auch das EU-Parlament, das am 10. Oktober mit grosser Mehrheit die Verordnung über das Grenzüberwachungssystem Eurosur annahm, die auch die Schweiz zu übernehmen hat. Das System soll Frontex und die angeschlossenen nationalen Koordinationszentren mit aktuellen Lageinformationen versorgen. Und die sollen mit allen verfügbaren Mitteln zusammengetragen werden: aus den Radaranlagen an der Küste, aus den Fischerei- und Seefahrtsinformationssystemen, aus Satellitenbildern und aus den Aufnahmen von Drohnen. Das Parlament fügte einen neuen Satz in die Verordnung, wonach Eurosur auch einen «Beitrag zur Gewährleistung des Schutzes und der Rettung des Lebens von Migranten» darstellen solle. Das war's.

Am 24. und 25. Oktober schliesslich tagten die Staats- und Regierungschefs der EU und beschlossen nach einigen Worten der Trauer, weiterzumachen wie bisher. Man müsse Eurosur schnell aufbauen und ausserdem «die Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern» stärken – auch durch eine «angemessene EU-Entwicklungsförderung und eine wirksame Rückführungspolitik». Zudem gelte es den «Kampf gegen Schleusung und Menschenhandel» weiterzuentwickeln. So steht es in den Schlussfolgerungen. Für «qualitative Änderungen» sei kein

Bedarf, meinte die deutsche Kanzlerin Angela Merkel. Schliesslich hat die EU erst vor einigen Monaten das Dublin-System mit einigen kleinen Änderungen bestätigt. Enrico Letta bedankte sich artig für die Solidarität.

Der Oktober ist vorbei. Die Katastrophen vor Lampedusa verschwinden aus den Nachrichten.

  
(Bu)

## SOLIBRIEF NACH LAMPEDUSA

Liebe Bürgermeisterin Giusi Nicolini, liebe EinwohnerInnen von Lampedusa

Wir sind erschüttert über die Anzahl der MigrantInnen, die immer wieder und viel zu häufig im Mittelmeer ertrinken müssen, wenn sie versuchen, nach Lampedusa, ja nach Europa zu gelangen. Deshalb senden wir Ihnen, die dieses Elend an vorderster Front erleben müssen, diesen Brief, um Ihnen unsere Solidarität auszudrücken.

Wir möchten Ihnen unsere aufrichtige Anteilnahme am Tod all dieser Menschen ausdrücken. Wir leiden mit Ihnen. Es sind dies unsere Brüder und Schwestern, unsere Kinder und Eltern, die jeden Tag auf der Überfahrt nach Europa verloren gehen. Wir wissen, wie schwierig diese Situation für Sie und die EinwohnerInnen von Lampedusa ist und wir danken Ihnen dafür, all dies täglich zu verkraften.

Wir trauern mit Ihnen und versichern, dass wir die Köpfe nicht hängen lassen und uns weiter engagieren, um diese schreiende Ungerechtigkeit zu überwinden, für die wir uns alle, als EuropäerInnen, verantwortlich fühlen. Wir verlangen von unserer Regierung, das Dublin-Abkommen aufzuheben und Ausschaffungen nach Italien, dessen Hilfskapazitäten auch beschränkt sind, sofort zu sistieren. Wir sind angewidert von der Heuchelei die darin besteht, Trauertage auszurufen, um im gleichen Atemzug die Grenzüberwachungen und -kontrollen zu verstärken oder die Schuld auf Schlepper zu schieben, statt das Ausbeutungsverhältnis von Europa gegenüber Afrika anzuprangern. Eine ehrliche Anteilnahme am Schicksal schiffbrüchiger Flüchtlinge lässt sich nicht mit der gleichzeitigen Kriminalisierung ihrer Retter vereinbaren, dies ist in höchstem Masse geschmacklos. Wir lehnen jegliche Form zusätzlicher Überwachung, Repression und Kontrolle des Mittelmeerraums ab und wir wünschen uns, dass diese Menschen, die vor Elend, Gewalt, Armut und Krieg flüchten, auf sicherem Weg nach Europa gelangen können, um hier eine Chance und ihr Recht auf Asyl zu erhalten. Es liegt somit in der gesamteuropäischen Verantwortung, allen diese Menschen, die in Europa Schutz oder einen Ausweg suchen, mit Würde zu begegnen. Es ist an der Zeit, dass sich die europäische, die italienische und auch die schweizerische Migrationspolitik ändern muss.

Wir hoffen, dass Lampedusa nicht mehr das Symbol der Verzweiflung bleibt, sondern dasjenige der Hoffnung und Menschlichkeit wird. Und dass darüber ein radikales Umdenken in der europäischen Migrationspolitik stattfindet. Ein neues Europa, offen und gastfreundlich, kann in Lampedusa beginnen.

Wir schicken Ihnen, Frau Nicolini, und all den EinwohnerInnen von Lampedusa, unsere aufrichtigsten Solidaritätsbekundungen und möchten unseren tiefsten Respekt vor Ihrer Anteilnahme mitteilen.

Solidarité sans frontières

## SPENDEN SIE FÜR LAMPEDUSA!

Solidarité sans frontières möchte die enorme Hilfsleistung der lampedusischen Bevölkerung mit einem finanziellen Beitrag unterstützen. Dafür sammeln wir Spenden, die direkt vor Ort eingesetzt werden sollen. Spenden Sie an Solidarité sans frontières mit dem Vermerk «Lampedusa», danke!

\*) Reckinger hat vor einigen Monaten seine Studie zu Lampedusa publiziert: «Lampedusa. Begegnungen zwischen Europa und Afrika», Wuppertal 2013, CHF 28,40; siehe die Besprechung in Bulletin 3/2013

SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES VERANSTALTET ERSTES FORUM

# Die Schiefelage in der schweizerischen Asylpolitik

**Was tun gegen den gesetzgeberischen Aktivismus und die zunehmend repressive Migrations- und Asylpolitik? Mit dieser Frage befassten sich am 28. September die fünfzig TeilnehmerInnen des Forums.**

Das Referendum vom 9. Juni 2013 hat es klar gezeigt: Für Verschärfungen im Asylbereich gibt es derzeit eine grosse Zustimmung, die bis in das linke Lager hinein reicht. Die Gesetzesrevisionen des letzten Jahres sind aber nicht das Ende dieser Entwicklung: Das «Testzentrum», für das sich der Bundesrat einen gesetzlichen Freibrief geben liess, ist derzeit im Aufbau; die erneute Revision des Gesetzes, die grundsätzliche Umgestaltung des Asylwesens bekannt als «Projekt Sommaruga», ist in Vorbereitung. Derweil reagiert das BFM vorsorglich mit allen möglichen Einschränkungen in den neuen Zentren auf die von der Rechten geschürten «Ängste der Bevölkerung».

Konfrontiert mit dieser Situation sind nicht nur Asylsuchende selber, sondern auch diejenigen, die sich für eine offene und solidarische Schweiz einsetzen. Welche Antworten bzw. Strategie haben wir auf diese Entwicklung bereit? Mit dieser Frage befasste sich das erste Forum, organisiert von Solidarité sans frontières, an dem rund 50 AktivistInnen aus Basisgruppen teilnahmen.

## Politik gegen die Grundrechte der Flüchtlinge

Das Forum begann mit den Einführungsvoten: Balthasar Glättli, Vorstandsmitglied von Sosp und Grünen-Nationalrat, gab einen Überblick über die Verschärfungen des Ausländer- und Asylrechts seit 2006. Zudem lieferte er einen anschaulichen Bericht über die Diskussionen im Parlament und insbesondere in der zuständigen Staatspolitischen Kommission. Die Asyl-Vorlagen seien für viele ParlamentarierInnen zu kompliziert. Dennoch stimmten vor allem viele aus der Mitte den Verschärfungen zu, weil einige Scharfmacher den Ton in ihren Fraktionen angeben. Das sei auch bei der Diskussion um das «Projekt Sommaruga» zu befürchten. In der nächsten Zeit werden weitere migrationspolitische Abstimmungen stattfinden – über die Masseneinwanderungsinitiative der SVP und die ecopop-Initiative sowie die Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf Kroatien. Die Revision des Bürgerrechtsgesetzes ist in der parlamentarischen Debatte. Und im Giftschrank des EJPD warten noch weitere Vorlagen, mit denen wir uns auseinander setzen müssen.


Heiner Busch, Mitarbeiter von Sosp, zeigte, dass das «Projekt Sommaruga» die Gefahr der Kasernierung von Flüchtlingen weiter erhöhe. Das zeige sich nicht nur an den Rayon- und anderen Verboten, die das BFM in Bremgarten (AG) verhängte, sondern bereits an der Konzeption für die neuen Zentrenstypen im Gesetzentwurf – die Verfahrenszentren, die Wartezentren für «Dublin-Fälle», die «Ausreisezentren» bis hin zu den Zentren für «Renitente».

Karin Povlagic, Juristin der Lausanner Rechtsberatungsstelle für Asylsuchende (SAJE), kritisierte die Asylgesetz-Revision als Angriff auf die Grundrechte der Asylsuchenden. Das BFM erhält im Zuge der Revisionen die Sondervollmachten im Umgang mit Asylsuchenden. In den Zentren sind Asylsuchende fern von der Öffentlichkeit und ausser Einflussbereich der Zivilgesellschaft untergebracht und von der demokratischen Partizipation ausgeschlossen. Das Bundesamt regelt den Alltag, bestimmt die Unterbringung, die Ess- und Schlafenszeiten, entscheidet über die Gesuche und damit, wer hier bleiben kann und wer gehen muss. Diese Entwicklung kritisierte auch Christophe Tafelmacher, Rechtsanwalt in Lausanne und Sosp-Vorstandsmitglied. Die SVP habe es mit ihrer Ausschaffungsinitiative geschafft, einen Automatismus der Ausschaffung in der Bundesverfassung zu verankern und an die Stelle der Rechtsprechung zu setzen. Auch erhalte eine Behörde mit der Asylgesetzesrevision sehr viel Macht. Die Angriffe auf die Rechte von Flüchtlingen und MigrantInnen sei ein Testlauf für einen radikalen Umbau des Staates.

## Zeit für Reflexion und Austausch

Die Revisionen der Gesetze stellen auch die Hilfswerke, Basisgruppen und einzelne Engagierte im Migrationsbereich vor neue Herausforderungen. Agieren oder Reagieren? Am Forum wurden alte und neue Formen des Widerstandes vorgestellt, wie das Schreiben von Rekursen durch Einzelpersonen oder Organisationen, Punkte sammeln mit der Solikarte, Umtausch von Einkaufsgutscheinen in Bargeld, Unterstützung für hungerstreikende Asylsuchende, Kirchenasyl, eigene Schulen für Sprachkurse, usw. Der Reichtum an Ideen und Aktionsformen ist gross, auch wenn die Ressourcen oft sehr knapp sind.

## Kurzes Fazit

Mit dem Forum will Sosp die Vernetzung zwischen regionalen Gruppierungen, Basisbewegungen und AktivistInnen fördern. Nach der ersten Veranstaltung dieser Art geht es nun darum, die gewonnenen Erkenntnisse und Ideen weiter zu spinnen und bis zu einem nächsten Forum, das für den 1. März 2014 geplant ist, in konkrete Strategien umzuwandeln. Was nicht heisst, dass die teilnehmenden Gruppen bis dahin warten und untätig bleiben sollen. Solidarité sans frontières will den Rahmen für den Austausch bieten. Das erste Forum war in diesem Sinne ein guter Anfang. 

Hilmi Gashi, Co-Präsident SOSF

## Kalte Nächte für Papiere

**Vom 9. bis 20. September protestierten rund 200 syrische Asylsuchende vor dem Bundesamt für Migration BFM.**

Plötzlich waren sie da. 200 syrische Asylsuchende – Frauen, Männer und Kinder. Von überall waren sie nach Bern gekommen: aus Genf, aus dem Thurgau, aus Chur. Gesehen hatten sie sich vor dem Protest nicht, mobilisiert und organisiert hatten sie sich über Facebook. Ihr gemeinsames Ziel: endlich eine Behandlung ihrer hängigen Asylgesuche zu erreichen und eine stabile Aufenthaltbewilligung zu erhalten. Für dieses Ziel waren sie bereit, so lange wie nötig zu bleiben. Dies taten sie auch.

### Zwölf Tage Camp. Mehr Solidarität ist nötig.

Der Entschluss der Protestierenden, aus der Tramstation Wabern vor dem BFM ein Protestcamp zu machen, führte zu handfesten Bedürfnissen. Es gab weder Decken, noch Matratzen, noch Zeltblachen zum Schutz vor dem heftigen Regen, der nicht nur in der ersten Nacht über den Protestierenden niederging. Zelte, Decken, Kleider für die Kinder und Essen für alle kamen dann vor allem von den kleinen bewegungsnahen Organisationen, von Einzelpersonen und aus der unmittelbaren Nachbarschaft der Protestierenden, von solidarischen Leuten aus Wabern. Innert kurzer Zeit hatten sie sich vor Ort eingefunden und taten, was sie konnten.

Doch ihr grosser Effort darf über die allgemein schwache Unterstützung nicht hinwegtäuschen. Auf die Hilfe von Kirchen und Hilfswerken, insbesondere auf politisch-öffentlicher Ebene, wartete man fast vergeblich. Nur einzelne HilfswerkvertreterInnen des HEKS, die Kirchgemeinde Wabern und nach einigem Ringen das Schweizerische Rote Kreuz engagierten sich schliesslich. Die grösseren Organisationen, NGOs und politischen Parteien taten sich schwer. Beat Meiner, Generalsekretär der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, empfahl sogar zunächst, die Besetzung möglichst schnell abzubrechen. Ansonsten bestehe die Gefahr, dass sich die öffentliche Meinung gegen den Protest richte und die Bereitschaft zur Hilfe für die syrischen Flüchtlinge abnehme (Der Bund, 13.09.2013). Auch linke Parteien äusserten sich weder solidarisch noch versuchten sie die Behörden mit politischen Vorstössen dazu zu drängen, auf die Forderungen der Flüchtlinge einzugehen. So gerechtfertigt also der Protest war, so kompliziert und schwerfällig zeigten



**Solidarité sans frontières**

**DOSSIER 4 – 2013  
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

**DEZEMBER 2013**

**DIE UNVERSTÄNDLICHE  
ASYLSTRATEGIE**



**augenauf Bern...**

sich die grossen Organisationen und Parteien im Umgang damit.

### Verhandlungen und Hungerstreik

Das BFM konnte den Protest vor der eigenen Haustüre nicht ignorieren. Die Behörden suchten den Dialog mit den Flüchtlingen. Der gestaltete sich aber schwierig. Denn während die Protestierenden ihre Forderungen erfüllt sehen wollten, ging es dem BFM darum, den Protest möglichst rasch zu beenden. Die zwei ersten Gespräche endeten ergebnislos, der Nerv des BFM war indes getroffen. Denn wie hätte das Amt nach all dem Gerede über eine Beschleunigung der Asylverfahren und die katastrophale Lage in Syrien legitimieren können, dass die syrischen Asylsuchenden in der Schweiz teilweise schon seit Jahren auf ihren Entscheid warten?

Nach einer Woche traten einige der Protestierenden in den Hungerstreik, wodurch sich die Situation erneut verschärfte. Für das BFM

stand nun die Unversehrtheit der Protestierenden auf dem Spiel. An einer Krisensitzung mit VertreterInnen von NGOs unterstrich BFM-Chef Mario Gattiker: «Niemand stirbt auf diesem Platz». Vor dieser Bedrohungskulisse wurde diskutiert, welches Angebot den



**Dossier aus dem  
Bulletin 4 – 2013**

**Solidarité sans frontières  
Schwanengasse 9  
3011 Bern  
www.sosf.ch**

**sekretariat@sosf.ch  
Fon 031 311 07 70  
Fax 031 312 40 45**


**PC 30-13574-6**

Protestierenden gemacht werden könnte, um den Protest zu beenden. Gleichzeitig ging es vor allem auch darum, dass keine öffentlichen Zugeständnisse gemacht werden. Denn, so brachte es EJPD-Generalsekretär Matthias Ramsauer auf den Punkt: «Wir können uns nicht erpressen lassen».

### Gerechtigkeit, nicht Erpressung

Einen Tag später fand zur allgemeinen Überraschung ein weiteres Treffen im BFM statt. Daran nahmen fünf der Protestierenden, ein Übersetzer, Mario Gattiker und SFH-Generalsekretär Beat Meiner teil. Nach Stunden kehrten die Protestierenden zurück und verkündeten das Ergebnis. Demnach würden alle Asylgesuche von SyrerInnen, die bis Ende 2010 gestellt wurden, bis Ende 2013 behandelt. Die restlichen Gesuche sollten bis Ende 2014 bearbeitet sein. Darüber hinaus würden auch die Anträge aller am Camp Beteiligten bis Ende 2013 behandelt - unab-

**«Das Gerede von der «Beschleunigung der Verfahren», das die Asylpolitik der letzten Jahre beherrscht, beweist sich als Farce. Die Beschleunigung gilt in erster Linie der schnellen Abweisung und Ausschaffung der «aussichtslosen Fälle» und nicht der schnellen Aufnahme und Lebenssicherheit derjenigen, die wie die syrischen Flüchtlinge nicht abgewiesen werden können.»**

hängig vom Zeitpunkt der Gesuchstellung. Diese Abmachung sorgte für Begeisterungstürme bei den Protestierenden und das Camp wurde anschliessend sofort aufgelöst. Eine Abschrift der Abmachung fehlt indes, das BFM und Meiner sprachen in der Presse von einer «Vertrauenslösung». Dass eine Sonderbehandlung der Protestierenden vorliege, wurde dementiert. Sie sollten jedoch alle Post vom BFM erhalten mit der Aufforderung, ein begründetes Gesuch zur beschleunigten Behandlung ihres Gesuches einzureichen. Ob diese Gesuche erfolgreich sind, war bis Redaktionsschluss dieses Bulletins nicht klar. Klar ist indes: Es lohnt sich, gegen eine offensichtlich ungerechte Sache zu protestieren. 

(Ca)

PROTEST GEGEN EINE UNVERSTÄNDLICHE ASYLSTRATEGIE

## «Wir sind hier um eine Antwort einzufordern»

**Eine schnelle Behandlung ihrer Asylgesuche und eine stabile Aufenthaltsbewilligung – das waren die Forderungen der syrischen Flüchtlinge, die zwölf Tage vor dem BFM ausharrten. Zu Recht.**

Im März 2011 sprayten einige Schüler in Daraa, einer Stadt im Süden Syriens, Parolen gegen die Regierung von Baschar al-Assad. Ihre Verhaftung und Folterung durch den Geheimdienst war das Startsignal für einen gewaltlosen aber lautstarken Widerstand, der sich schnell über das ganze Land ausbreitete. Die Repressionen des Regimes und die seit Sommer 2011 schnell fortschreitende Militarisierung des Konflikts zwangen immer mehr Menschen zum Verlassen des Landes. Im August 2013 bezifferte UNICEF die Zahl der Flüchtlinge auf 2,6 Millionen. Die meisten landeten in der Türkei, im Libanon und in Ägypten. Nur die wenigsten haben es nach Europa geschafft.

Schon vor Beginn des Aufstandes waren Syrer-

Innen in die Schweiz geflohen. Allein im Jahr 2010 verzeichnete das BFM 469 Asylgesuche. Diejenigen, die sich am Abend des 9. September vor dem BFM versammelten, stammen zum grossen Teil aus dem kurdischen Gebiet Syriens und hatten sich dort an den Demonstrationen beteiligt. Sie leben in Asylunterkünften oder Wohnungen. Ohne stabilen Aufenthalt haben sie jedoch kaum Zugang zum Arbeitsmarkt und leben in Ungewissheit bezüglich ihrer Zukunft. Gleichzeitig eskaliert der Konflikt in Syrien. Ein Ende ist nicht in Sicht, das Land zerstört und eine Rückkehr nicht denkbar. «Wir kamen als Flüchtlinge in die Schweiz. Viele warten jetzt aber schon mehrere Jahre auf einen Asylentscheid. Doch wir kriegen einfach keine Antwort», erklärte Esam Al-Omer, einer der Protestierenden, gegenüber dem Berner Lokalradio RABE. «Wir denken, dass wir gemäss den Schweizer Gesetzen als Flüchtlinge anerkannt werden könnten. Wir sind nun hier um eine Antwort einzufordern.»

### Zynische Prioritätensetzung der Behörden

Mit den klaren Forderungen entlarvten die Protestierenden die einseitige Prioritätensetzung der Behörden: Ende September waren 1 943 Asylgesuche syrischer Flüchtlinge beim BFM hängig. Aber obwohl ihre Anerkennung oder zumindest vorläufige Aufnahme unaus-



Das Grüne Bündnis Bern (Teamsieger) vor dem Start.

## BFM-MASSNAHMEN ZU SYRIEN

Im Juni 2011, drei Monate nach Beginn der Massendemonstrationen gegen das Assad-Regime, stoppte das BFM die Ausschaffungen nach Syrien. Zu diesem Zeitpunkt waren 706 Asylgesuche von SyrerInnen erstinstanzlich hängig. Am 25. August 2012 – in Syrien herrschte bereits seit Monaten Bürgerkrieg – erklärte BFM-Direktor Mario Gattiker gegenüber dem «Tagesanzeiger»: «Asylgesuche aus Syrien behandeln wir derzeit bewusst nicht, sondern warten ab, was im Land passiert, denn wir können die Menschen zurzeit ohnehin nicht zurückführen.» Die Zahl der beim BFM hängigen Asylgesuche syrischer Flüchtlinge war zu diesem Zeitpunkt bereits auf 1 300 angestiegen und wuchs bis Jahresende auf 1 665 – zum einen, weil mehr SyrerInnen den Weg in die Schweiz schafften, zum andern, weil das BFM die Gesuche liegen liess. Im September 2012 vermeldete das Amt die Übernahme eines ersten Kontingents von 36 SyrerInnen, die in den Libanon geflohen und vom UNHCR anerkannt worden waren. Im März 2013 folgte eine zweite Gruppe von 37 Personen. Am 4. September 2013 verkündete das EJPD, dass in

den kommenden drei Jahren insgesamt 500 Kontingentsflüchtlinge aufgenommen würden, wegen der «desaströsen humanitären Situation» vorzugsweise solche aus Syrien.

Zugleich erliess das BFM eine Weisung, die einen unbürokratischen Familiennachzug ermöglichen soll: Davon profitieren sollen Angehörige von in der Schweiz mit B- oder C-Ausweis lebenden oder bereits eingebürgerten SyrerInnen – und zwar nicht nur deren EhegattInnen und Kinder, sondern auch Eltern, Grosseltern und Enkelkinder sowie Geschwister und wiederum deren EhegattInnen und Kinder. Sie sollten nun ohne die sonst üblichen Voraussetzungen ein 90-Tage-Visum erhalten und entweder ein Asylgesuch stellen oder nach Ablauf der drei Monate vorläufig aufgenommen werden. Bis zum 15. Oktober haben 850 Personen ein solches humanitäres Visum erhalten.

Mitte September 2013, zum Zeitpunkt des Protestcamps vor dem BFM, waren rund 1 900 Asylgesuche syrischer Flüchtlinge erstinstanzlich hängig.

(Bu)

weichlich ist, lassen sich die Behörden Zeit. Ihre Priorität sind stattdessen Asylgesuche aus Ländern wie Nigeria, Tunesien, den Balkanstaaten und die Dublin-Fälle. Gesuche also, die mit hoher Wahrscheinlichkeit negativ ausgehen, und AntragstellerInnen, die die Schweiz schnellstmöglich verlassen sollen. Flüchtlinge, die mit einem positiven Entscheid rechnen können, müssen dagegen lange auf die Behandlung ihrer Gesuche warten.

Vor diesem Hintergrund erweist sich auch das Gerede von der «Beschleunigung der Verfahren», das die Asylpolitik der letzten Jahre beherrscht, als Farce. Denn die Beschleunigung gilt in erster Linie der schnellen Abweisung und Ausschaffung der «aussichtslosen Fälle» und nicht der schnellen Aufnahme und Lebenssicherheit derjenigen, die wie die syrischen Flüchtlinge nicht abgewiesen werden können. Sie müssen oft jahrelang in einem „Schwebezustand“ verharren, wie Esam Al-Omer es ausdrückt.

Dabei zeigt sich ein weiterer paradoxer und fast zynischer Zug der Behörden gegenüber den syrischen Asylgesuchen. So erliess das EJPD zwar im September 2013 eine Weisung, die einen erleichterten Familiennachzug für SyrerInnen erlaubt, deren Verwandte in der Schweiz mit B- oder C-Ausweis leben oder eingebürgert sind. Auch Grosseltern, Enkel und Geschwister der hier Lebenden sollen ein Einreisevisum erhalten können, um dann in

der Schweiz ein Asylgesuch zu stellen. Das ist eine gute Sache. Wiederum werden aber die syrischen Flüchtlinge, die schon in der Schweiz sind und deren Asylgesuche noch nicht behandelt wurden – unter anderem all diejenigen, die vor dem BFM protestieren – aussen vor gelassen.

### Ein erfolgreicher Protest

Als am 22. September 2013 die Delegierten der Protestierenden nach einer weiteren Verhandlung aus dem BFM-Gebäude kamen und ihren MitstreiterInnen den positiven Ausgang der Gesprächs verkündeten, brach Jubel aus. Das BFM habe versprochen, bis Ende Jahr alle Asylgesuche der vor dem BFM protestierenden Flüchtlinge und aller syrischen Flüchtlinge, die bis Ende 2010 in die Schweiz gekommen sind, zu behandeln. Alle anderen syrischen Flüchtlinge sollen bis Ende 2014 eine Antwort erhalten. «Wir haben es geschafft», so Esam el-Omar. Bleibt zu hoffen, dass das BFM seine mündlichen Zusagen einhält.

Der Protest und die so legitimen Forderungen entlarvten die enorm problematischen Punkte der Vorgehensweise der schweizerischen Migrationspolitik. Und zeigt dabei, dass es sich lohnt, zu kämpfen: öffentlich, klar und in direkter Konfrontation mit den Behörden.



(Wi)

EINE INNENANSICHT DES PROTESTS UND DER VERHANDLUNGEN

## «Was können wir tun mit dem N-Ausweis? Nichts.»

**Esam Al-Omer hat die Proteste der syrischen Flüchtlinge vor dem Bundesamt für Migration mitorganisiert. Wir befragten ihn zu seinen Erfahrungen.**

**Am 9. September 2013 seid Ihr vor das Bundesamt für Migration gezogen.**

**Was waren die Ziele Eures Protests?**

Esam Al-Omer: Wir sind Syrerinnen und Syrer, die vor einem, zwei, teils sogar schon vor fünf Jahren in die Schweiz gekommen sind und immer noch keine Aufenthaltsbewilligung haben. Wir haben alle ein Asylgesuch gestellt und nie eine Antwort vom Bundesamt für Migration erhalten. Alle kennen die Lage in meinem Land. In Syrien sterben täglich mehrere hundert Menschen. Am Tag, als die Chemiewaffen eingesetzt wurden, wurden über 700 Menschen getötet. Wir können nicht dorthin zurück. Jeder, der in Syrien bleibt, wird entweder zum Mörder oder er wird ermordet. Wir wollen endlich eine Aufenthaltsbewilligung. Was können wir tun mit dem N-Ausweis? Nichts. Wir können unseren Familien in Syrien keine Unterstützung sein. Wir können hier niemandem eine Hilfe sein. Wir finden keine Arbeit. In den Zentren, in denen wir zusammen mit anderen Flüchtlingen aus der ganzen Welt leben, lernen wir kein gutes Deutsch. Und wenn Du mit sieben oder acht Personen zusammen in einem Zimmer lebst, dann ist das eine grosse Belastung und es macht Dich kaputt. Wir wollen arbeiten, um für uns selbst zu sorgen und unseren Familien in Syrien helfen zu können.

**Wie lange bist Du schon in der Schweiz?**

Ich bin seit 2011 in der Schweiz, also seit gut zwei Jahren. Auch ich habe bisher keine Antwort vom BFM. Ich habe deshalb auch keine Arbeit, kein Geld, keine Aufgabe, nichts. Ich bin eigentlich Schneider. In Syrien hatte ich ein Geschäft. Ich verkaufte Kleidung und viele andere Dinge. Dabei kam ich täglich in Kontakt mit allen möglichen Menschen, und ich verdiente Geld. Hier habe ich weder Geld noch Arbeit.

### Deshalb auch Eure Forderung nach einer Bewilligung. Wie habt Ihr euch organisiert, um mit dieser Forderung vor das BFM zu gehen?

Ich war nicht der einzige Organisator, wir waren mehrere. Viele kannten mich, weil ich bereits in Syrien Demonstrationen organisiert habe, gegen das Assad-Regime. Deshalb hat mich auch die Polizei gesucht und ich musste fliehen. Die Leute kennen auch meine Familie, denn auch mein Vater sass als Oppositioneller drei Jahre im Gefängnis. Die syrischen Flüchtlinge, auch die Familien, die nun hier in der Schweiz sind, vertrauen mir. Sie wussten, ich handle nicht nur in meinem eigenen Interesse, sondern werde für alle sprechen. Organisiert haben wir uns vor allem über Internet. Mit der Zeit wusste ich ungefähr, wie viele Leute vor das BFM kommen würden. Als wir genug waren, ging es los.

### Ihr hattet drei Gespräche mit den VertreterInnen des BFM. Du warst jedes Mal als Delegierter dabei. Wie verliefen die Verhandlungen?

Das erste Gespräch dauerte ungefähr eine Stunde. Sie haben uns gesagt, dass wir gehen müssen und nicht vor dem BFM bleiben können. Sie waren jedoch sehr höflich. An diesem ersten Gespräch haben sie uns zugesichert, dass alle syrischen Flüchtlinge, die vor 2009 in die Schweiz gekommen sind, bis Ende Jahr eine Antwort auf ihr Asylgesuch erhalten werden. Dieses Angebot habe ich meinen MitstreiterInnen vor dem BFM überbracht. Für mich selber war klar: Das ist nicht genug. Wir wollen, dass alle Gesuche

bis Ende Jahr behandelt werden. Ich wollte nicht nur weiterkämpfen, weil ich selbst erst im Jahre 2011 in die Schweiz gekommen bin. Es ging mir um mehr: Viele Länder rund um die Schweiz haben den syrischen Flüchtlingen eine Aufenthaltsbewilligung erteilt. Deutschland antwortet den SyrInnen innerhalb weniger Wochen, Schweden auch, Dänemark auch. Warum kann das die Schweiz nicht tun?

Gleichzeitig war mir auch klar: Wenn alle den Protest beenden wollen, dann werde ich auch gehen. Wenn aber zwei oder drei Personen weiter protestieren, dann werde ich der Vierte sein. Es sind alle geblieben, obwohl es die ganze Zeit regnete. Das war schon hart. Zu Beginn hatten wir nur ungefähr zehn Wolldecken bei uns. In der ersten Nacht haben wir die Kinder in die Decken gewickelt. Wir haben unter dem Vordach gelegen. Die Frauen und Kinder haben versucht zu schlafen, wir anderen blieben wach. Schon in der ersten Nacht kam ein junger Mann, um uns Hilfe anzubieten. Am nächsten Tag kamen weitere Menschen. Mit der Zeit haben wir Zelte, Decken, Matratzen und Palette gegen den nassen Boden erhalten.

### Also seid Ihr geblieben. Und dann gab es eine zweite Verhandlung?

Genau. Die zweite Verhandlung war nach einer Woche. Wir waren drei Männer und zwei Frauen, die mit dem BFM verhandelten. Sie haben ihr Angebot insofern erweitert, dass sie nun alle Gesuche von syrischen Flüchtlingen vor 2010 bis Ende Jahr behandelt würden. Für uns war klar: Das Angebot

genügt uns nicht. Wir bleiben. Das dritte Gespräch war nach zwölf Tagen. Die Verhandlung dauerte mehr als fünf Stunden. Beat Meiner, der Chef der Schweizerischen Flüchtlingshilfe, war auch dort. Er hat uns erklärt, dass er die Garantie sei für alles, was hier nun besprochen und abgemacht werde. Das Angebot war folgendes: Alle Gesuche syrischer Flüchtlinge, die vor 2010 in die Schweiz gekommen sind, werden vor Jahresende behandelt. Alle Gesuche der syrischen Flüchtlinge, die im Jahr 2011 gekommen sind, werden bis Mitte 2014 behandelt werden. Und alle Gesuche syrischer Flüchtlinge, die nach 2011 gekommen sind, werden bis Ende 2014 beantwortet werden. An uns, die wir vor dem BFM protestieren, werden sie in den nächsten zwei Wochen einen Brief mit einem Formular versenden. Das Formular müssen wir ausfüllen und sie werden dann das Gesuch dieser Person prüfen bis Ende Jahr.



Gerannt wurde mit Transparenten,...

### Und hast Du nun diesen Brief erhalten?

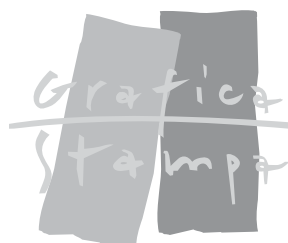
Nein, leider nicht. Soviel ich weiss, haben bis jetzt nur 35 von 120 Personen einen solchen Brief erhalten. Und es ist schon fast Ende Oktober. Ich habe also den Brief nicht gesehen und weiss auch nicht genau, was drin steht. Die meisten warten aber immer noch auf diesen Brief. Ich hoffe sehr, dass alle ihn erhalten.



(Wi)

## ANZEIGE

Satz  
Gestaltung  
Druck



spescha e grünenfelder

cumposiziun creaziun squetsch

städtlistrasse 18 • 7130 glion/ilanz  
tel. 081 925 20 44 • fax 081 925 30 63  
www.spegru.ch • info@spegru.ch



DIE RECHTSVERTRETUNG IN DER TESTPHASE

## Diktat vom BFM?

Am 6. November gab das Bundesamt für Migration (BFM) bekannt, dass eine Bieterschaft unter der Schirmherrschaft der Schweizeri-

schen Flüchtlingshilfe SFH den Zuschlag für die Rechtsvertretung im Testzentrum in Zürich erhält. Im Vorfeld der Vergabe mutete vieles seltsam an, unter anderem auch ein Punkt in der Ausschreibung vom 19. Juli, der besonders aufhorchen lässt. Dieser besagte:

«Der Anbieter [nun die SFH, Anm. der Red.] ist bereit, eingesetzte Mitarbeitende auf Wunsch der Auftraggeberin [das BFM, Anm. d. Red.] wie folgt zu ersetzen: Stellt die Auftraggeberin bezüglich der vom Anbieter zum Einsatz gebrachten Personen eine Diskrepanz zu den Anforderungen und Kriterien gemäss Pflichtenheft und Anhängen fest, teilt sie diese dem Anbieter unter Einräumung der Möglichkeit zur Stellungnahme schriftlich mit. Anschliessend entscheidet die Auftraggeberin, ob der Anbieter verpflichtet wird, die betreffenden Personen innert 14 Tagen durch Personal zu ersetzen, welches den Anforderungen genügt ...»

In der politischen Debatte machte die Rechte, insbesondere die SVP-Nationalräte Heinz Brand und Hans Fehr, bereits klar, dass sie die Rechtsvertretung grundsätzlich bekämpfen werde. Dies vor allem deshalb, weil sie eine Rekursflut befürchtet, wie man sie aus den Niederlanden, an deren Asylsystem man sich künftig orientieren will, bereits kennt. Das BFM baute deshalb in seiner Ausschreibung den besagten Artikel als eine Art potentielle Notbremse ein. Und formulierte dort des Weiteren, dass man von den RechtsvertreterInnen eine «asylpolitisch neutrale Haltung» erwarte. Übersetzt bedeutet das Ganze Folgendes: Die politische Rechte poltert, das BFM gibt nach und möchte fortan unliebsame RechtsvertreterInnen auswechseln können. Dies kommt einem Personaldiktat gleich und wirft in Bezug auf die 14 Tage auch Fragen im Bereich Kündigungsschutz auf. Ob die Klausel in dieser Form Eingang in den effektiv unterzeichneten Leistungsvertrag fand, war bei Redaktionsschluss dieses Bulletins unklar. Sollten die SFH und die Organisationen, die sich an ihrem Angebot beteiligt haben, die Krötenklausel jedoch so geschluckt haben, würde das die Unabhängigkeit des Rechtsschutzes massiv in Frage stellen. Dass RechtsvertreterInnen zudem eine «asylpolitisch neutrale Haltung» einnehmen könnten, ist absurd. Sie sind in erster Linie ihren MandantInnen verpflichtet. Dafür muss die SFH als Anbieterin nun kämpfen, mit offenem Visier.

(Ca)



...Kostümen und dem passenden Shirt.

COLLÈGE INTERNATIONAL DE PHILOSOPHIE (CIPH)

## EXIL: SOLIDARITÄT UND KOLLEKTIVE REFLEXION

Seit einigen Jahren betreibt das CIPH ein Programm mit dem Titel «Exil, Philosophie und Politik». Das kritische Denken über das Exil soll dabei Widerstand und Aktion, kollektive Reflexion und internationale Solidarität zusammenbringen. Die Teilnahme ist kostenlos und für alle Interessierten offen. AktivistInnen und Intellektuelle sind zum kollektiven Nachdenken über Migration und Solidarität eingeladen. Nach Colloquien in Genf, Lausanne und 2012 in Chile richtet das Programm nun seinen Blick auf die Türkei. Vom 8. bis 11. Mai 2014 werden in Istanbul und zur selben Zeit in Genf Treffen von Universitätsangehörigen und Zivilgesellschaft stattfinden, die eine Verbindung der sozialen Kämpfe und der akademischen Reflexion herstellen sollen.

Im Zentrum der Debatte stehen die Thesen, die Etienne Balibar in seinem Essay «Violence et civilité» (2010) ausgebreitet hat. Der französische Philosoph, der sich seit langem für die Rechte der ImmigrantInnen und Sans-Papiers einsetzt, fordert ein Bürgerrecht für alle AusländerInnen in Europa.

Anmeldungen für die Veranstaltungen und den Lektürekreis bitte an die Lausanner Koordinationsgruppe (coordination.istanbul@gmail.com). Eine philosophische Vorbildung ist nicht erforderlich. Was zählt ist das Bedürfnis, die eigenen Erfahrungen mit einer breiteren Reflexion über Gewalt, Staat und Gesellschaft zu verbinden. Weitere Informationen und Materialien gibt es unter [exil-ciph.com](http://exil-ciph.com).

Im Rahmen des Programms sind eine Reihe von Publikationen entstanden:

- El otro 11 de septiembre, L'Autre 11 septembre, (mit französischen und spanischen Beiträgen) zum 40. Jahrestag des Pinochet-Putschs in Chile; die einzelnen Artikel und die ganze Publikation verfügbar auf [exil-ciph.com](http://exil-ciph.com)
- Veloso T., Carillo E., Hernandez E.: Les murs du silence. Récit de trois femmes chiliennes. Violence, identité, mémoire (2013), französische und spanische Version vorhanden
- Caloz-Tschopp M.-Cl., Veloso T., (dir.): Penser les métamorphoses de la politique, de la violence et de la guerre avec Colette Guillaumin, Nicole-Claude Mathieu, Paola Tabet, féministes matérialistes (2013), französische und spanische Version vorhanden
- Caloz-Tschopp M.-Cl., De Coulon G., Tafelmacher Ch.: Eine allgemeine Philosophie der Öffnung auf eine Welt – die Demokratie demokratisieren. Gemeinwohl, Migration, Gleichheit, Dezember 2011; franz., deutsch, italienisch verfügbar auf [exil-ciph.com](http://exil-ciph.com)

Marie-Claire Caloz-Tschopp, Genève

RÜCKSCHAFFUNGEN NACH SRI LANKA

## Das BFM schaut weg

Vier Jahre nach offiziellem Kriegsende ist die Menschenrechtslage in Sri Lanka immer noch alarmierend. Die Regierung verweigert weiterhin eine glaubwürdige Aufklärung der Kriegsverbrechen, die von Armee und LTTE begangen wurden. Kritiker werden bedroht,

## KURZ UND KLEIN



verhaftet oder zum Verschwinden gebracht. Besonders bedroht sind Tamilinnen und Tamilen, die verdächtigt werden, Verbindungen mit den LTTE gehabt zu haben. Viele davon leben heute in der Schweiz als Flüchtlinge.

Trotz dieser allgemeinen Bedrohungslage starteten die Schweizer Behörden bereits 2009 die Bemühungen um ein Rückübernahmeabkommen mit Sri Lanka. Im Frühjahr 2011 sah das Bundesamt für Migration BFM dann den Moment gekommen, Rückführungen nach Sri Lanka wieder ins Tagesgeschäft aufzunehmen. 24 Personen wurden so bis Ende Juli 2013 per Level 2 Rückführung nach Sri Lanka zurückgeschafft. Zudem seien weitere 129 Personen freiwillig ausgereist, weiss das BFM zu berichten. Woher das so dringende Bedürfnis der Bundesbehörde rührt, Schweizer TamilInnen in eine offensichtlich bedrohliche Situation zurückzuschicken, bleibt ihr Geheimnis. Klar ist indes, dass mehrere Menschenrechtsorganisationen seit längerem und in verschiedenen Berichten aufzeigten, dass zurückgeschafften TamilInnen mit hoher Wahrscheinlichkeit Gefängnis oder Folter drohen. Doch erst im September 2013 konnte das BFM diese Realität nicht mehr ignorieren, nachdem zwei Tamilen direkt nach ihrer Ausschaffung in Colombo inhaftiert wurden. In einem unappetitlich erstaunten Ton berichtete das BFM nach seinen Abklärungen, dass die srilankische Behörde als Verhaftungsgrund der beiden Tamilen deren mögliche Verbindung zur den LTTE angaben. Als Folge sistierte das BFM sämtliche Rückschaffungen bis auf Weiteres. Besser spät als nie möchte man sagen, doch das Vorgehen des Bundesamtes muss für einmal als absolut dilettantisch, ignorant und fahrlässig bezeichnet werden. Wäre das BFM eine Firma, so wären Köpfe gerollt.

In einer Kampagne sammelten Amnesty International und weitere Organisationen von September bis November über 20 000 Unterschriften für eine Petition, die unter anderem verlangt, dass fortan keine Menschen nach Sri Lanka zurückgeschickt werden sollen. Ob sich diese einzig richtige Praxis durchsetzt, bleibt noch im Ungewissen. Nur das BFM weiss, ob es ein zweites Mal wegschauen möchte.

(Ca)

MEDIZINISCHE BEGLEITUNG FÜR  
AUSSCHAFFUNGSFLÜGE

## Verzweifelt gesucht: Ärztliche Handlanger

«Gegenstand der vorliegenden Ausschreibung ist die medizinische Begleitung von Personen, die zwangsweise auf dem Luft- oder Landweg in den Heimat- oder Drittstaat zurückgeführt werden.» Das Bundesamt für Migration hat diesen Auftrag am 21. Oktober 2013 erneut ausgeschrieben. Alle Level 4-Ausschaffungsflüge sollen durch mindestens einen Facharzt bzw. eine Fachärztin sowie eine Eidgenössisch diplomierte Medizinalperson begleitet werden. Die Anbieter müssen sowohl über wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als auch über das notwendige Personal verfügen. Das BFM verlange von ihnen «ein Fachkonzept, das darlegt, nach welchen in der Medizin anerkannten Grundsätzen die medizinische Betreuung der Ausreisenden erfolgen soll», heisst es in der Medienmitteilung des Amtes.

Eine erste Ausschreibung im Sommer 2012 hatte offenbar keine zufriedenstellenden Ergebnisse gebracht. Kein Wunder, denn die Rolle als medizinischer Handlanger von Zwangsmassnahmen widerspricht definitiv der ärztlichen Ethik und hat unter den Ärztinnen der Schweiz zu handfesten Protesten geführt. Der Verein Ethik und Medizin forderte, Level 4-Ausschaffungen generell abzuschaffen. Seit Februar 2012 besorgte die OSEARA GmbH die medizinische Begleitung der «Sonderflüge» im Rahmen eines Pilotprojekts. Die Firma, deren Repräsentant durch zynische Sprüche in der Öffentlichkeit hervorgetreten war, blieb dem Vernehmen nach die einzige, die sich auf die erste Ausschreibung beworben hatte.

(Bu)

Text der Ausschreibung: <http://bit.ly/1bgQ1uf>

NATIONALRATSKOMMISSION ZUR AUSSCHAFFUNGSINITIATIVE

## Die grosse Unterwerfung

Geht es nach der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats, dann kann sich die SVP die Kampagne für ihre «Durchsetzungsinitiative» sparen. Die Kommission will nämlich die «von Volk und Ständen angenommene Ausschaffungsinitiative strikt nach ihrem Wortlaut umsetzen». An ihrer Sitzung vom 10./11. Oktober 2013 verwarf sie die Botschaft des Bundesrats vom Juni dieses Jahres. Mit 14 zu acht Stimmen beauftragte sie stattdessen die Verwaltung, ihr bis Ende des Jahres neue Vorschläge zu präsentieren. Diese sollen sich am Text der Durchsetzungsinitiative orientieren, die die SVP im Februar 2013 eingereicht hat. Im Frühjahr 2014 will die Kommission dann in die Detailberatung eintreten.



## IMPRESSUM

**BULLETIN  
SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES**

**Auflage dieser Ausgabe:**  
2950 deutsch / 600 französisch  
**Beglaubigte Auflage WEMF:**  
2854 deutsch / 550 französisch

**Gestaltung und Satz: Yan Rubin, Genève**  
**Druck und Versand: Spescha Luzzi, Ilanz**  
**Redaktion: Heiner Busch (Bu),  
Moreno Casasola (Ca),  
Maria Winker (Wi), Gisela Grimm**  
**Übersetzungen: Sylvie Colbois (médiatrice),  
Olivier von Allmen**  
**Lektorat: Sosp**  
**Fotos: Nina Regli**

**Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:**  
14. Januar 2014

**Wir behalten uns vor, LeserInnenbriefe  
zu kürzen**

**Mitgliederbeitrag 2013 inkl. Abo:**  
70.- Verdienende / Fr. 100.- Paare /  
Fr. 30.- Nichtverdienende /  
120.- Organisationen  
**Abo: Einzelpersonen 30.- /  
Organisationen 50.-**

**Herausgeberin**  
**Solidarité sans frontières**  
**Schwanengasse 9**  
**3011 Bern**  
**(Zusammenschluss AKS/BODS)**  
**Fon 031 311 07 70**  
**Fax 031 312 40 45**  
**sekretariat@sosf.ch**  
**www.sosf.ch**  
**PC-Konto 30-13574-6**

Die Botschaft des Bundesrates sah vor, dass die Gerichte bei Strafen ab einem halben Jahr Haft bzw. ab 180 Tagessätzen nur noch in absoluten Ausnahmefällen von einer Landesverweisung absehen könnten. Diese Lösung entspreche weitgehend dem vom Stimmvolk abgelehnten Gegenvorschlag, heisst es in der Medienmitteilung der Kommission. Das Parlament müsse aber dem «Willen des Verfassungsgesetzgebers» folgen. «Demokratierechtlich» gebe es keine andere Möglichkeit, liess sich der Solothurner FDP-Nationalrat Kurt Flury im «Tagesanzeiger» zitieren. Dass das Stimmvolk nicht nur die Ausschaffungsinitiative der SVP, sondern zuvor auch die Verfassung samt Verhältnismässigkeitsgrundsatz angenommen hat, hat die bürgerliche Kommissionsmehrheit offensichtlich vergessen. FDP und CVP erhoffen sich mit ihrem Kniefall vor der SVP, dass diese die Durchsetzungsinitiative zurückzieht und man im Nationalratswahlkampf 2015 um einen parallelen Abstimmungskampf herum kommt.

(Bu)

## ZÜRCHER AUSLÄNDERSTIMMRECHT

### Grosse Klatsche

Der letzte Zürcher Anlauf für mehr politische Mitbestimmung von AusländerInnen liegt Jahre zurück. 1993 erreichte die Volksinitiative «Für ein fakultatives Ausländerstimmrecht auf Gemeindeebene» nur gut 25 Prozent Ja-Stimmen. Nun versuchten die Second@s Plus einen neuen Anlauf. Und scheiterten deutlich. Einzig der links-alternative Stadtzürcher Kreis 4/5 stimmte am 22. September der Initiative «Für mehr Demokratie» zu - trotz Unterstützung von SP, Grünen, GLP, AL und CSP. Im ganzen Kanton Zürich tauchte man mit gerade mal 24,98 Prozent sogar unter das Resultat von vor zwanzig Jahren.

Dabei hatten die Initianten eine extrem bescheidene Forderung aufgestellt: Sie wollen wie 1993 politische Rechte für AusländerInnen nur fakultativ für Gemeindevahlen und -abstimmungen einführen. Das heisst, jede Gemeinde hätte darüber nochmals einzeln abstimmen müssen. Zudem hätten AusländerInnen zehn Jahre in der Schweiz und seit drei Jahren ununterbrochen in der Gemeinde wohnen müssen. Und sie hätten selbst dann noch einen individuellen Antrag bei der Gemeinde stellen müssen.

Die Lehre aus dem Debakel: wer im Kampf um wohlbegründete Rechte wie das Recht aller EinwohnerInnen auf politische Mitsprache vorsorglich buckelt und das eigene

## LEGATE ZUGUNSTEN VON SOLIDARITÉ SANS FRONTIÈRES

Nach der letzten Nummer des Bulletins erkundigten sich einige LeserInnen nach der Möglichkeit eines Legats zu Gunsten von Sosp. Wir ergreifen die Gelegenheit gerne, die wichtigsten Punkte, die es dabei zu beachten gilt, darzulegen.

Ein Legat ist eine Verfügung von Todes wegen, die in der Rechtssprache Vermächtnis genannt wird. Voraussetzung ist ein Testament. Die einfachste und billigste Variante ist das eigenhändige Testament. Gültig ist es, wenn es eigenhändig und handschriftlich (also nicht mit Schreibmaschine oder Computer) niedergeschrieben, mit Datum versehen und unterschrieben ist.

Beispiel für die Formulierung:

«Testament

Ich vermache dem Verein Solidarité sans frontières Fr. 10'000.-, auszurichten innert Monatsfrist nach meinem Tode.

Musterdorf, Januar 2014

Ulrich Muster»

Selbstverständlich können neben Geldbeträgen auch Sachwerte wie zum Beispiel Liegenschaften, Wertpapiere oder Kunstwerke zum Gegenstand eines Vermächtnisses gemacht werden. Es empfiehlt sich, das Testament an einem sicheren Ort aufzubewahren, wo es nach dem Todesfall von den richtigen Personen vorgefunden werden kann. Neben dem Aktenschrank und dem Banksafe gibt es auch die Möglichkeit der amtlichen Hinterlegung. Erkundigen Sie sich bei Ihrer Gemeindebehörde nach den Modalitäten und Kosten. Neben dem eigenhändigen gibt es auch das öffentliche Testament, das aufwändiger und kostspieliger ist. Es wird von einer Urkundsperson (Notar) verfasst und der Inhalt von Zeugen bestätigt. Diese Form kann sich bei komplizierteren Verhältnissen aufdrängen. Wenn Erben vorhanden sind, fällt das Vermächtnis zunächst an die Erben, welche es in der Folge an den Bedachten oder die Bedachte auszurichten haben.

Peter Nideroest

Anliegen fast bis zur Unkenntlichkeit verwässert, wird dafür nicht mit grösserer Zustimmung belohnt. Im Gegenteil: Solche Vorstösse vermögen auch jene nicht wirklich zu begeistern, welche ihnen im Grundsatz positiv gegenüberstehen.

Balthasar Glättli

## EUGH ZUM DUBLIN-VERFAHREN

### Vorrang des Kindeswohls

In Weiterentwicklung seiner an der Grundrechte-Charta der EU orientierten Rechtsprechung, hat der in Luxemburg ansässige Gerichtshof der EU (EuGH) die Rechte unbegleiteter minderjähriger Asylsuchender gestärkt. Er schiebt der weitverbreiteten Praxis einen Riegel, sie verfahrensmässig gleich zu behandeln wie volljährige Asylsuchende. Auch wenn sie bereits in einem anderen Dublin-Staat ein Asylgesuch gestellt haben, dürfen sie «grundsätzlich» nicht in diesen Erstasylstaat zurückgeschickt werden. «Da unbegleitete Minderjährige eine Kategorie besonders gefährdeter Personen bilden, ist es

wichtig, dass sich das Verfahren zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedstaats nicht länger als unbedingt nötig hinzieht, was bedeutet, dass unbegleitete Minderjährige grundsätzlich nicht in einen anderen Mitgliedstaat zu überstellen sind.» Das gebiete insbesondere der Art. 24 Abs. 2 der EU-Grundrechte-Charta, «wonach bei allen Kinder betreffenden Massnahmen öffentlicher Stellen oder privater Einrichtungen das Wohl des Kindes eine vorrangige Erwägung sein muss.»

Die Schweiz hat minderjährige Asylsuchende bis anhin ebenfalls in Erstasylländer überstellt. Aufgrund des Dublin-Assoziierungsabkommens hat die Schweiz nun aber auch die Rechtsprechung des EuGH zur Dublin-II-Verordnung zu berücksichtigen. Folglich muss sie ihre bisherige Praxis bei Asylgesuchen von unbegleiteten Minderjährigen revidieren und neu in erster Linie nach dem Kindeswohl ausrichten.

Michael Burkard, Rechtsanwalt, Bern

Urteil des EuGH (Vierte Kammer) vom 6. Juni 2013, C 648/11; <http://bit.ly/1bcHhVU>





# Migration jetzt!

Es tut sich etwas im Osten der Schweiz! Seit kurzem erhebt die St.Galler Gruppierung «Zunder» Anspruch auf eine fortschrittliche Migrationspolitik. Sie nimmt Stellung zu ihrem Projekt.

## «Zunder» meint einen Brandbeschleuniger. Weshalb dieser Name?

Der Name Zunder geht zum einen auf eine sozialkritische Reportagensammlung von Niklaus Meienberg zurück, dem St.Galler Historiker und Querdenker. Darin äussert er sich unter anderem zu Rassismus und der schwierigen Situation von Migrantinnen und Migranten und deren Sozialisation. Und in dem Sinne wie Meienberg Geschichtsschreibung von unten betrieb, verstehen wir uns auch als Basisorganisation, die ausdrücklich mit und nicht für Migrantinnen und Migranten agieren will. Und natürlich trägt auch Zunder als Brandbeschleuniger eine gewisse Symbolik in sich: Wir sind hier, um Dinge in Bewegung zu bringen, um be-

**«Die Isolierung von Migrantinnen und Migranten zu durchbrechen ist uns ein grosses Anliegen.»**

stehende Verhältnisse anhand von verschiedenen Ausdrucksformen auf den Kopf zu stellen, mit einer Mischung aus politischer Ernsthaftigkeit, kultureller und kreativer Energie und jugendlicher Explosivität!

## In St.Gallen gibt es bereits einige Institutionen, die sich für migrationspolitische Anliegen einsetzen, wie das Solidaritätsnetz oder das Cabi. Was unterscheidet euch von diesen?

Wir sehen uns keineswegs als Konkurrenz zu diesen Institutionen, schliesslich setzen wir uns für die gleichen Anliegen ein. Wir sehen uns aber in einer anderen Rolle. In St.Gallen fehlt eine junge, dynamische Organisation, die direkte Aktionen plant und durchführt. Im Gegensatz zu den bestehenden Organisationen, die in einer gewissen Abhängigkeit zur Stadt und dem Kanton stehen, sehen wir in unserer Autonomie eine Chance, auch provokativer und in den Forderungen und Anliegen radikaler zu handeln.

## Die Stadt St.Gallen ist nicht unbedingt bekannt für viel Bewegung in migrationspolitischen Fragen. Wie wollt ihr das ändern?

Indem wir Zunder gegründet haben! Es stimmt. Gerade auf kantonaler Ebene herrscht eine extrem konservative und teils fremdenfeindliche Meinung vor. Es muss also sowohl im Kanton wie auch in der Stadt St.Gallen noch viel Bewusstseinsarbeit in Sachen Migration stattfinden. Das betrifft nicht nur in dem Sinne unpolitische Menschen, die wir durch eine Sensibilisierung für die Thematik gerade auch durch kulturelle Aktionen erreichen wollen, sondern auch linke Organisationen. In einem Punkt gehen wir mit der bürgerlichen Rechten einig: Migrationspolitik ist ein Thema, das den Menschen unter den Nägeln brennt. Nicht aber, weil sie ein Platz für die geschürten diffusen Ängste sein soll, sondern weil sie momentan unerträglich und menschenverachtend ist. Wir sind drauf und dran, Migrantinnen und Migranten, deren einziges «Vergehen» es ist, ihren Aufenthaltsort - aus welchen Motiven auch immer - zu wechseln, sozial und rechtlich zu isolieren.

## Und was plant «Zunder» als Nächstes?

Zunächst ist es wichtig, dass wir uns mit bestehenden Organisationen wie dem Solinetz vernetzen. Es laufen bereits einige Gespräche. Konkrete Aktionen sind noch keine geplant, werden aber nicht lange auf sich warten lassen. Unter anderem ist auf kantonaler Ebene ein Kopftuchverbot geplant, gegen das wir uns einsetzen werden. Wir möchten uns aber auch mit betroffenen Migrantinnen und Migranten vernetzen und diese im Alltag unterstützen und gemeinsame Formen des Widerstands planen und durchführen. Die Isolierung von Migrantinnen und Migranten zu durchbrechen ist uns ein grosses Anliegen. Die Idee eines «Refugeecafés», das ein Mal pro Woche oder Monat stattfindet, existiert und soll weiterentwickelt werden.

(Ca)

## HINWEISE

### Forum Sosf

Nach dem ersten Forum vom 28. September findet die zweite Ausgabe im Frühling 2014, am 1. März in Bern statt. Das Programm und alle Details werden auf der Homepage von Sosf ([www.sosf.ch](http://www.sosf.ch)) ersichtlich sein. Zudem informieren wir Sie per Newsletter.

### Sosf sucht Neu-Mitglieder!

Wie viele andere Organisationen kämpft Sosf jedes Jahr mit den Finanzen. Als komplett unabhängige Organisation finanzieren wir uns fast ausschliesslich über Privatspenden. Kennen Sie Menschen in Ihrem Umfeld, die unsere Arbeit begeistert? Dann machen Sie sie auf eine Mitgliedschaft bei Sosf aufmerksam! Herzlichen Dank!